
Vorsitz: Aserbaidshon**1005. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 23. März 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)
- Beginn: 10.00 Uhr
Schluss: 12.35 Uhr

2. Vorsitz: F. Osmanov

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/146/22) (FSC.DEL/146/22/Add.1), Kanada, Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/144/22), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 1), Schweiz (FSC.DEL/150/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (Anhang 2), Türkei (Anhang 3), Georgien (Anhang 4)
- (b) *Militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine:* Russische Föderation (Anhang 5) (FSC.DEL/154/22/Add.1), Frankreich – Europäische Union, Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada, Portugal (Anhang 6), Vereinigtes Königreich, Ukraine, Deutschland (Anhang 7), Österreich, Schweiz, Litauen (Annex 8) (FSC.DEL/145/22), Finnland (FSC.DEL/152/22), Frankreich, Vorsitz

Zur Geschäftsordnung: Vereinigte Staaten von Amerika, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 30. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Wir haben uns zu dem von der Ukraine eingebrachten Punkt „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine“ zu Wort gemeldet.

Die Vereinigten Staaten möchten auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 17. März im Fall der Beschwerde der Ukraine gegen Russland nach dem Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes aufmerksam machen. Der Gerichtshof ordnete unmissverständlich an, dass Russland die im vergangenen Monat begonnenen Militäroperationen unverzüglich einzustellen und ferner dafür zu sorgen habe, dass alle seiner Weisung unterstehenden Personen, einschließlich militärischer oder irregulärer bewaffneter Kräfte, nichts unternehmen, um derartige Militäroperationen zu unterstützen.

Der Gerichtshof, der bei der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten im Rahmen der Charta der VN eine wichtige Rolle spielt, betonte, dass die Staaten im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich des Kriegsrechts, vorgehen müssen. Der Gerichtshof äußerte seine große Besorgnis über die extreme Schutzlosigkeit der ukrainischen Zivilbevölkerung und die zahlreichen Todesopfer und Verletzten unter der Zivilbevölkerung, die durch die Handlungen des Kremls verursacht wurden. Der Gerichtshof stellte außerdem fest, dass er über keinerlei Beweise für die Behauptung Russlands verfüge, die Ukraine habe in der Region Donbass einen „Völkermord“ begangen.

Wir begrüßen die Verfügung des Gerichtshofs und fordern Russland auf, ihr nachzukommen, seine militärischen Operationen unverzüglich einzustellen und ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe in der Ukraine zu ermöglichen. Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, gestern sagte, ist „die Fortsetzung des Krieges in der Ukraine moralisch inakzeptabel, politisch nicht zu rechtfertigen und militärisch unsinnig.“

Morgen ist es einen Monat her, dass Russland seinen neuerlichen Überfall auf die Ukraine begonnen hat. Es ist längst an der Zeit, dass Russland seinen Angriffskrieg beendet. Mit jedem Tag wird das durch diesen Krieg verursachte menschliche Leid größer. Ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung, 10 Millionen Menschen und noch viele mehr, sind auf der

Flucht oder werden im Inland zu Vertriebenen. Mit jedem Tag steigt die Zahl der getöteten und verwundeten Zivilpersonen, unter ihnen auch Kinder, weiter. Jeden Tag erreichen uns Berichte über neues Leid, das von den russischen Streitkräften verursacht wird:

- Nach der Zerstörung eines Theaters in Mariupol kam es Anfang dieser Woche in rascher Folge zur Zerstörung einer Kunsthochschule, in der ebenfalls Hunderte von Zivilpersonen Zuflucht gesucht hatten.
- Ein Pflegeheim in der Region Luhansk wurde von russischen Streitkräften beschossen, wobei Dutzende der betagten Bewohnerinnen und Bewohner getötet wurden.
- Ein Einkaufszentrum in Kyjiw wurde angegriffen.
- Eine Brotfabrik in Tschernihiw, in der letzte Woche ein Amerikaner, Jim Hill, zusammen mit 10 anderen durch Artilleriebeschuss ums Leben kam, war Ziel eines Luftangriffs – und das nur wenige Tage nachdem zwei US-Journalisten und ihre ukrainische Kollegin getötet wurden.

Russische Artillerieangriffe, Luftschläge und Raketenangriffe haben Zivilpersonen und zivile Infrastruktur in der gesamten Ukraine getroffen. Nach der letzten Zählung der Weltgesundheitsorganisation erhielten 46 Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen Treffer durch russische Angriffe. Anfang dieser Woche nahmen die Dinge mit der Bombardierung einer Ammoniakfabrik in Sumy durch Russland eine weitere gefährliche Entwicklung. Das geschah zwei Tage, nachdem der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen ein Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen in Umlauf gebracht hatte, in dem die falsche Behauptung aufgestellt wurde, ukrainische Nationalisten hätten die Anlage vermint, um die Einwohner zu vergiften, falls russische Truppen in die Stadt eindringen würden.

Militärexperten sprechen von einer „Pattstellung“ vor Ort, da der russische Angriff durch den wendigen ukrainischen Widerstand zurückgeschlagen wurde. Auch logistische Pannen und die geringe Kampfbereitschaft der Wehrpflichtigen haben die russische Offensive offenbar gebremst. Einige Analysten warnen vor einem „Feststecken im Schlamm“ oder einem „Zermürbungskrieg“. Die Front ist jedoch weiterhin aktiv, wobei es Anhaltspunkte dafür gibt, dass die ukrainischen Streitkräfte Gegenoffensiven starten.

Da Russland nicht in der Lage ist, vor Ort Fortschritte zu erzielen, setzt es zunehmend auf Distanzwaffen, darunter Langstreckenraketen, die von russischem Hoheitsgebiet aus gegen ukrainische Städte abgefeuert werden. Glaubwürdige Berichte belegen auch den Einsatz von Artillerie, Mehrfachraketenwerfern und Streumunition gegen Wohngebiete. Wir haben Eskalationen der Gewalt durch russische Truppen und großflächige Zerstörungen erlebt. Wie Verteidigungsminister Lloyd Austin feststellte, ist der Feldzug des russischen Präsidenten Putin in der Ukraine „im Wesentlichen zum Stillstand gekommen“, weshalb er zu „abscheulichen“ Angriffen auf die Zivilbevölkerung übergegangen ist. Außenminister Blinken merkte an: „Wir haben gesehen, dass Russland ähnliche Taktiken bereits in Grosny und Aleppo angewendet hat. Sie haben ihre Bombardierungen intensiviert, um den Willen der Bevölkerung zu brechen.“

Die Belagerung von Mariupol ist das erschütterndste Beispiel: Mindestens 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, wenn nicht mehr, sind seit Wochen eingeschlossen, hungern und haben keinen Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen, 90 Prozent der Gebäude sind beschädigt oder zerstört, es gibt Schießereien im Stadtzentrum und nun auch noch Bombardierungen durch die Marine. Russland sollte sich an eine andere apokalyptische Belagerung erinnern, nämlich die von Leningrad. Doch in Mariupol gibt es keine Geleitkonvois, die humanitäre Hilfe leisten. Stattdessen forderte Russland Anfang dieser Woche zynischerweise die Kapitulation der Stadt als Gegenleistung für die Freigabe humanitärer Korridore, und der Stadtrat von Mariupol berichtet, dass Bewohnerinnen und Bewohner von den russischen Streitkräften gewaltsam auf russisches Hoheitsgebiet deportiert wurden. Während sich die menschliche Tragödie in Mariupol vollzog, hielt Präsident Putin letzte Woche in Moskau eine Triumphveranstaltung ab, um seine „militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung der Ukraine“ zu feiern.

Wie Minister Blinken zu dem von Putin gewollten Krieg sagte: Die Verantwortlichen für die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen werden zur Rechenschaft gezogen werden. Wir werden den internationalen Bemühungen anschließen, um Kriegsverbrechen zu untersuchen und zu dokumentieren und alle Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Herr Vorsitzender,

die Vereinigten Staaten werden dem ukrainischen Volk auch weiterhin zur Seite stehen und der rechtmäßigen ukrainischen Regierung humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe leisten. Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang aus Artikel 51 der UN-Charta zu zitieren: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung.“

Die ukrainischen Streitkräfte haben den Sicherheitsbeistand der Vereinigten Staaten von Amerika mit großem Erfolg genutzt, die die Ukraine bei der Beschaffung zusätzlicher Luftabwehr- und Panzerabwehrsysteme unterstützen. Militärischer Beistand gegen einen bewaffneten Angriff bedeutet nicht, die Ukraine mit Waffen „vollzupumpen“, wie unsere russischen Kolleginnen und Kollegen behaupten, sondern die Menschen in der Ukraine in ihrem Kampf für ihr Land mit den Waffen zu unterstützen, die sie brauchen, um sich schlagkräftig zu verteidigen.

Die Desinformationskampagne Russlands entbehrt jeglicher Glaubwürdigkeit. Die russische Delegation verbreitet weiterhin falsche Informationen über ein angebliches Bio-waffenprogramm. Ich verweise Sie auf unsere Erklärung von letzter Woche zum *Cooperative Threat Reduction Program* des Verteidigungsministeriums, das, wie ich bereits erwähnte, bis 2014 ähnliche Arbeiten in Russland durchführte, sowie zu OSZE-Projekten zur biologischen und chemischen Sicherheit in der Ukraine.

Wir fragen uns, warum Russland diese falschen Behauptungen immer wieder aufstellt, nachdem sie bereits vollständig und wiederholt entkräftet wurden. Wir sind nach wie vor besorgt, dass Russland möglicherweise versucht, biologische oder chemische Waffen in der Ukraine einzusetzen. Der Kreml ist seit Langem bekannt dafür, dass er andere Länder zu Unrecht genau der Verstöße bezichtigt, die Russland selbst plant oder begeht. Sollte dies der

Fall sein, seien Sie versichert, dass Russland einen hohen Preis wird zahlen müssen, wenn es biologische oder chemische Waffen einsetzt.

Herr Vorsitzender,

es ist uns klar, dass die Informationspolitik des Kremls oft darauf abzielt, das russische Volk falsch zu informieren, aber auch das ist nicht von Dauer. Die Wahrheit dringt langsam aber sicher zur russischen Bevölkerung vor, wie etwa durch Aussagen von Marina Owsyannikowa und Arnold Schwarzenegger, der seinen Videoappell mit den Worten schloss: „Ich möchte das russische Volk und die russischen Soldatinnen und Soldaten in der Ukraine eindringlich bitten, zu begreifen, dass sie mit Propaganda und Desinformation gefüttert werden. Bitte helfen Sie mir, die Wahrheit zu verbreiten.“

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

Slawa Ukrajini.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Diese Erklärung erfolgt zu dem von der Ukraine eingebrachten Thema, und ich ersuche darum, das im Journal des Tages entsprechend zu vermerken.

Herr Vorsitzender, zu unserem großen Bedauern müssen wir feststellen, dass es schon einen Monat her ist, seit Präsident Putin seinen durch nichts provozierten, vorsätzlichen und barbarischen Angriff auf die Ukraine begonnen hat. In diesen schrecklichen Wochen haben wir die schändlichsten und entsetzlichsten Angriffe auf die Ukraine erlebt, die so viele unschuldige Menschen das Leben gekostet haben.

Wir haben eine Konzentration von Truppen in einer seit dem Kalten Krieg nie gekannten Stärke erlebt, die in die Ukraine einmarschiert und dort auf erbitterten ukrainischen Widerstand gestoßen sind. Die russische Invasion ist an allen Fronten weitgehend zum Stillstand gekommen. Die russischen Streitkräfte haben in den letzten Tagen nur minimale Fortschritte zu Lande, zu Wasser und in der Luft gemacht und erleiden weiterhin schwere Verluste. Tausende Mann, Hunderte von Panzern und Kampfhubschraubern sowie Luftnahunterstützung haben bisher nichts bewirkt.

Herr Vorsitzender, Russland hat Gewalt in einem entsetzlichen Ausmaß gegen das ukrainische Volk entfesselt. Die russischen Seestreitkräfte blockieren weiterhin die ukrainische Küste und führen Raketenangriffe auf Ziele in der gesamten Ukraine durch. Die Blockade der ukrainischen Küste schneidet die Ukraine faktisch vom internationalen Seehandel ab und trägt zur Verschlechterung der humanitären Lage bei, die Russland herbeigeführt hat, indem es verhindert, dass lebenswichtige Güter die ukrainische Bevölkerung erreichen. Diese Situation wird durch die Angriffe auf ukrainische Häfen und Hafenstädte, einschließlich der verheerenden und blindwütigen Zerstörung von Mariupol, noch weiter verschärft.

Die frustrierten russischen Militärbefehlshaber haben sich verzettelt, kommen kaum voran und versuchen zu brechen, was nicht zu brechen ist, nämlich den Kampfgeist und die Entschlossenheit der Ukraine. Sie tun dies auf die infamste Art und Weise, indem sie Städte und Wohngebiete mit Mehrfachraketenwerfern, ballistischen Raketen vom Typ Iskander,

Artillerie, Marschflugkörpern, Raketen mit Streumunition und Vakuumbomben wahllos aus der Distanz angreifen.

Das ist nicht die Kriegskunst eines ehrenhaften und professionellen Militärs einer Großmacht. Das ist wahllose Zerstörung. Diejenigen, die Kriegsverbrechen begehen, sollten wissen, dass sie nicht ungestraft davonkommen. Wahllose Angriffe auf unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten sind Kriegsverbrechen, für die diejenigen, die sich mitschuldig daran gemacht haben, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Die Welt ist im wahrsten Sinne des Wortes Zeuge.

Unsere russischen Kolleginnen und Kollegen sind in der privilegierten Lage, unzensurierte Nachrichten aus aller Welt zu sehen, die über die wahren Schrecken berichten, die Präsident Putin auf dem von ihm eingeschlagenem Weg des Blutvergießens und der Zerstörung verbreitet. Doch selbst angesichts der erdrückenden Fakten werden sie nicht müde, mit der Lügen- und Desinformationsflut des Kremls hausieren zu gehen. Sie haben jede Glaubwürdigkeit verloren. Das ist ein beschämendes Verhalten, eine Respektlosigkeit gegenüber diesem Forum, gegenüber allen Anwesenden und dem diplomatischen Corps.

Herr Vorsitzender, ein Monat ist vergangen, und Präsident Putins so genannte „militärische Spezialoperation“ verläuft keineswegs nach Plan. Wir können uns nur ausmalen, wie wütend er sein muss. Wie empörend es ist, belogen zu werden. Wie verheerend die Folgen sind. Die russischen Soldatinnen und Soldaten zahlen einen hohen Preis für diesen Betrug – sie kämpfen und sterben für eine Lüge.

Das ukrainische Volk hingegen kämpft für sein Heimatland. Vereint und standhaft. Die Welt wird Zeuge eines Mutes, einer Standhaftigkeit und Entschlossenheit, die in die Geschichte eingehen werden.

Das Vereinigte Königreich hat gemeinsam mit vielen anderen Ländern wiederholt davor gewarnt, dass jeder militärische Einfall Russlands in die Ukraine ein schwerer strategischer Fehler wäre, der einen hohen Preis fordern würde. Letzte Woche haben wir diesem Forum unsere anhaltende Unterstützung für die Ukraine zu Kenntnis gebracht, für unsere Freunde, die um das Recht kämpfen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

In dieser Woche möchte ich Ihnen mitteilen, dass die britische Regierung beschlossen hat, den ukrainischen Streitkräften Starstreak, eine tragbare Hochgeschwindigkeits-Flugabwehrrakete, zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit dem dazugehörigen Schulungspaket wird es dieses defensive Waffensystem den ukrainischen Streitkräften ermöglichen, ihren Luftraum besser gegen russische Militärflugzeuge zu verteidigen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass unsere gesamte Unterstützung für das demokratische, souveräne Land Ukraine defensiver Natur ist und ihr helfen wird, sich gegen diesen russischen Angriffskrieg zur Wehr setzen.

Wir werden dafür sorgen, dass die russische Regierung den Preis für ihre Taten bezahlen muss. Das Vereinigte Königreich steht an der Seite des ukrainischen Volkes in seinem Kampf um sein Heimatland. Wir werden mit unseren Partnern zusammenarbeiten – egal wie lange es dauert –, um für die Wiederherstellung der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit der Ukraine zu sorgen.

Herr Vorsitzender, abschließend möchte ich unsere russischen Kolleginnen und Kollegen noch einmal auffordern, kurz innezuhalten – und sich das überwältigende Ausmaß der Verurteilung (141 Länder in der Generalversammlung der Vereinten Nationen) vor Augen zu führen und der Stimme der Realität zuzuhören. Ich fordere sie mit Nachdruck auf, sich auf ihre Stellung, ihre Verantwortung und ihr Amt als Diplomatinen und Diplomaten, als Bürgerinnen und Bürger Russlands zu besinnen und aufzuhören, sich mit der Verbreitung der Lügen von Präsident Putin gegenüber ihrem eigenen Volk mitschuldig zu machen. Mit dem, was sie heute tun und entscheiden, werden sie bis ans Ende ihrer Tage leben müssen.

Danke. Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal des Tages.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

vor bald einem Monat hat die Russische Föderation mit ihrem rechtswidrigen und unrechtmäßigen Angriff auf die Ukraine begonnen; das ist ein eindeutiger Verstoß gegen das Völkerrecht.

Leider verschärft sich die humanitäre Krise zusehends.

Mehr als 3,2 Millionen Flüchtlinge mussten bisher aus der Ukraine fliehen, Millionen wurden innerhalb des Landes zu Vertriebenen.

Abgesehen von den Menschen, die fliehen mussten, benötigen rund 13 Millionen Menschen in den am stärksten vom Krieg in der Ukraine betroffenen Gebieten dringend humanitäre Hilfe.

Tempo und Ausmaß der Binnenvertreibung und des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine werden leider weiter zunehmen, ebenso wie der daraus resultierende Bedarf an humanitärer Hilfe.

Nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) sitzen viele Menschen in den Gebieten fest, in denen der Konflikt immer weiter eskaliert, und können aufgrund des Ausfalls grundlegender Versorgungseinrichtungen ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse nicht mehr decken; sie haben keinen Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten. Die Lage ist vor allem für Kinder katastrophal.

Wie Raouf Mazou, stellvertretender Generalsekretär und beigeordneter Hochkommissar für Einsätze im Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, auf der Sitzung des Ständigen Rates in der vergangenen Woche betonte, ist es auch eine Krise im Hinblick auf den Kinderschutz und den Schutz von Frauen vor Menschenhandel. Die Gefahren, denen alle diese Frauen und Kinder gegenwärtig ausgesetzt sind, lassen sich durch nichts rechtfertigen.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurden mindestens 24 Gesundheitseinrichtungen angegriffen. Das ist völlig inakzeptabel.

Wie die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) betont hat, sind auch die ukrainischen Naturgüter sowie das bewegliche und unbewegliche Kulturerbe in all seinen Formen bedroht. Kulturgüter müssen geschützt werden. Die Türkei hat die diesbezüglichen Beschlüsse der UNESCO unterstützt.

Am 3. März setzten 45 Teilnehmerstaaten den Moskauer Mechanismus der OSZE in Gang, um sich mit den „menschenrechtlichen und humanitären Auswirkungen“ des russischen Einmarsches in der Ukraine zu befassen. Wir werden die kommenden Ergebnisse dieser Initiative aufmerksam verfolgen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir unsere nachdrückliche und unmissverständliche Forderung nach der Ausrufung eines sofortigen und dauerhaften Waffenstillstands bekräftigen. Das tragische Blutvergießen muss aufhören.

Ich möchte auch bekräftigen, dass wir den fortgesetzten Angriff ebenso ablehnen wie die Entscheidung der Russischen Föderation, die so genannten abtrünnigen Republiken Donezk und Luhansk anzuerkennen, so wie wir auch die illegale Annexion der Krim abgelehnt haben.

Wir unterstützen nachdrücklich die Wahrung der Souveränität, politischen Einheit und der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer.

Wie viele andere Länder arbeitet auch mein Land unermüdlich mit allen Parteien zusammen, um eine friedliche Lösung dieser Krise zu ermöglichen.

Im Krieg gibt es keine Gewinner und im Frieden keine Verlierer.

Wir hoffen, dass alle laufenden Gespräche den Weg für eine Rückkehr zu Dialog und Diplomatie ebnen werden.

Bisher haben die türkischen Behörden 45 LKW-Ladungen mit humanitären Hilfsgütern in die Ukraine geliefert. Fünf Lkw-Ladungen mit humanitären Gütern gingen an die Republik Moldau.

Ein 11-köpfiges Team der türkischen Behörde für Katastrophen- und Notfallmanagement ist nach wie vor am Grenzübergang Porubnoje-Siret (an der ukrainisch-rumänischen Grenze) stationiert, um den zunehmenden Bedarf an humanitärer Hilfe in der Ukraine zu ermitteln und die laufenden Hilfsmaßnahmen zu koordinieren.

Zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des türkischen Gesundheitsministeriums befinden sich ebenfalls an diesem Grenzübergang, um die Hilfebedürftigen medizinisch zu versorgen.

Auch der türkische Rote Halbmond stellt am Grenzübergang Porubnoje-Siret Nahrungsmittel bereit.

Weitere Hilfsmaßnahmen sind in Planung.

Herr Vorsitzender,

mein Land wünscht sich Frieden, Ruhe und Wohlstand in seiner Region. Wir werden weiterhin entschieden auf Frieden drängen und das Völkerrecht einhalten. Wir sind bereit, jede Anstrengung in jedweder Form zu unterstützen, die darauf abzielt, einen friedlichen Ausweg aus dieser Lage zu finden.

Wir bitten höflich um Aufnahme unserer Erklärung als Anhang in das Journal des Tages. Danke.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION GEORGIENS**

Herr Vorsitzender,

diese Erklärung bezieht sich auf den Punkt, der von der Ukraine eingebracht wurde.

Wir schließen uns der Erklärung der Europäischen Union an. Ich möchte ihr jedoch als Vertreterin meines Landes folgende Anmerkungen hinzufügen.

Heute ist der 28. Tag des tapferen Abwehrkampfes der Ukraine gegen die unprovokierte und ungerechtfertigte Aggression Russlands.

Diese Aggression hat verheerende Folgen für die Menschen in der Ukraine, ihre Infrastruktur und die Umwelt. Die Auswirkungen dieses gewollten Kriegs sind bereits auf dem ganzen europäischen Kontinent zu spüren. Nach jüngsten Angaben der Vereinten Nationen mussten 10 Millionen Zivilpersonen aus ihrer Heimat fliehen; mehr als 3,5 Millionen von ihnen haben in Nachbarländern Zuflucht gesucht.

Zur Stunde bombardieren und beschießen russische Besatzungstruppen weiterhin direkt, massiv und unterschiedslos ukrainische Städte, Ortschaften und Siedlungen, die Hunderte von unschuldigen Menschen das Leben gekostet haben. Wir verurteilen erneut die direkten Luftschläge Russlands auf die zivile Infrastruktur und die Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten und medizinisches Personal; wir sind entsetzt über die Berichte von Vergewaltigungen, die von Angehörigen der russischen Streitkräfte verübt werden.

In jedem Konflikt stellen Angriffe auf die Zivilbevölkerung und die zivile Infrastruktur eine Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Diese Angriffe müssen sofort eingestellt werden.

Wie berichtet, ist die humanitäre Lage in Städten wie Mariupol, Cherson und Sumy katastrophal, da die Menschen dort mit einem akuten und möglicherweise lebensbedrohlichen Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser und Medikamenten konfrontiert sind. Die humanitären Korridore und Hilfslieferungen müssen für alle Zivilpersonen gewährleistet sein – sowohl für

diejenigen, die sich entscheiden zu bleiben, als auch für diejenigen, die gezwungen sind zu gehen.

Wir verfolgen aufmerksam die Berichte über den zunehmenden Druck der Besatzungstruppen auf zivile Aktivistinnen und Aktivisten, die Entführung lokaler demokratisch gewählter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Angriffe auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten. Wir teilen die Besorgnis, die das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE in seiner Erklärung vom 16. März geäußert hat, und fordern Russland auf, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.

Mit großer Sorge verfolgen wir auch die die von der russischen Aggression ausgehenden Bedrohungen für die Umwelt, die nukleare Sicherheit und die Strahlensicherheit. Vor diesem Hintergrund sind wir bestürzt über den Beschuss des Geländes der Sumy-Khimprom AG durch die russischen Streitkräfte am 21. März, der Berichten zufolge zu einem Ammoniakaustritt führte. Glücklicherweise konnte das Leck unter Kontrolle gebracht werden. Wird das unverantwortliche Vorgehen Russland nicht gestoppt, kann es nicht wiedergutzumachende Schäden nach sich ziehen.

Herr Vorsitzender,

Georgien bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und des Donbass, sowie für die Schifffahrtsrechte der Ukraine in ihren Hoheitsgewässern.

Wir fordern Russland auf, die Aggression unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen einzustellen und der Anordnung des Internationalen Gerichtshofs nachzukommen, alle seine Streitkräfte und Waffen aus dem gesamte Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und allen internationalen humanitären und Menschenrechtsmechanismen sofortigen, sicheren und ungehinderten Zugang im gesamten Land zu gewähren.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und bitte höflich um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

lassen Sie mich mit der folgenden Feststellung beginnen. Heute, wie auch beim letzten Treffen, hörten wir lautstarke Erklärungen, dass Europa eine „freie Welt“ sei, die auch „die Wahrheit gepachtet“ habe. Nun, unsere Kolleginnen und Kollegen können sich so viel Illusionen hingeben, wie sie wollen; vor allem, wenn es in den europäischen Medien einen totalen „Medientotalitarismus“ gibt, bei dem nur der Standpunkt von Kyjiw verbreitet wird und alternative Ansichten einfach nicht zugelassen werden. Es ist auch paradox, dass die Handlungen, die in den heutigen Erklärungen von unseren Kolleginnen und Kollegen den russischen Streitkräften zugeschrieben werden, praktisch identisch sind mit denen der ukrainischen Armee während der laufenden Operation und in den vergangenen acht Jahren im Donbass. Dennoch haben die OSZE-Teilnehmerstaaten konsequent ausgeblendet, dass der achtjährige Konflikt in der Südostukraine auf Seiten der Milizen eine größere Zahl an Opfern und Flüchtlingen gefordert hat, ganz zu schweigen von den lawinenartigen Migrationskrisen, die durch die NATO-Kriege verursacht wurden.

Das ist nicht nur die Doppelmoral der so genannten „westlichen freien Welt“. Es handelt sich um eine wahrhaft steinzeitliche Ausprägung einer Hottentotten-Moral, bei der die Meinung des Gegenübers automatisch „gelöscht“ wird. Welche Schlussfolgerung zieht die russische Seite daraus? Die Werte des kollektiven Westens werden herabgewürdigt und es kommt zu Diskriminierung und Hass gegenüber denjenigen, die nicht bereit sind, nach seiner Pfeife zu tanzen. Das alles nehmen wir zur Kenntnis und ziehen daraus Schlussfolgerungen für die strategische Perspektive.

Herr Vorsitzender,

die ganze Welt sieht zu, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten einen Wirtschafts- und Informationskrieg gegen Russland führen, in dem die Ukraine nur ein willkommenes Werkzeug in ihrem „Großen Spiel“ ist. Darüber hinaus haben sich bereits rund 70 Prozent der NATO-Mitgliedsländer in dieses abenteuerliche Wagnis hineinziehen lassen, das man „Stellvertreterkrieg“ oder „Krieg durch Dritte“ nennt.

Fast täglich wird aus den westlichen Hauptstädten über neue Waffen- und Ausrüstungslieferungen an die ukrainische Regierung berichtet: Hunderte von tragbaren Luftabwehrsystemen (MANPADS), Panzerabwehrraketensysteme, Kleinwaffen und Munition in zweistelliger Millionenhöhe. Nach Angaben eines Sprechers des Weißen Hauses werden fast täglich US-Waffen nach Kyjiw geschickt. Wir warnen jedenfalls davor, dass jede militärische Lieferung auf ukrainischem Gebiet zu einem legitimen militärischen Ziel für russische Truppen wird. Eine der Aufgaben der militärischen Spezialoperation ist es, jede Bedrohung auszuschalten, die vom ukrainischen Hoheitsgebiet für die Russische Föderation ausgeht. Das war Teil unserer Vorschläge für Sicherheitsgarantien im Dezember 2021, aber niemand hat auf uns gehört.

Ich glaube, dass die transatlantischen Hintermänner der Ukraine heute genau wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie Waffen in das Land pumpen. Die Behörden in Kyjiw geben Panzerabwehrraketen und MANPADS an einfache Bürgerinnen und Bürger aus. Genauso wie die Nazis 1945 in Berlin „Faustpatronen“ an Kinder verteilten, landen heute in der Ukraine deutsche Panzerfäuste in den Händen zuverlässiger Nazis und werden unter Nazi-Flaggen eingesetzt. Doch das irritiert niemanden, weder in Berlin noch in anderen westlichen Hauptstädten.

Jahrelang wurde die Ukraine von den transatlantischen Hintermännern darauf getrimmt, ein „Anti-Russland“ zu werden. Nach dem blutigen Staatsstreich in Kyjiw im Jahr 2014 nahm der von den neuen Machthabern forcierte Nationalismus die Form von aggressiver Russophobie und aggressivem Neonazismus an. Es überrascht nicht, dass die Vereinigten Staaten und die Ukraine gegen die jährliche Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Verherrlichung von Nazismus, Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit gestimmt haben. Die ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten selbst machen kein Hehl daraus, dass sich im Land eine „für beide Seiten vorteilhafte Symbiose zwischen Oligarchen und Neonazi-Banden gebildet hat, die ihre Ideologie in alle Richtungen verbreiten: von den Schulen und Universitäten bis hin zum Oberkommando der ukrainischen Streitkräfte“.

Um das Wesen der gegenwärtigen Politik des kollektiven Westens gegenüber Osteuropa zu verstehen, genügt es, die Erklärung des Leiters der rechtsextremen Organisation C14, Jewhen Karas, während der „Bandera-Lesungen“ im Februar 2022 zu lesen (ich zitiere): „Auf dem Maidan ging es nicht wirklich um die europäische Integration. Der wahre Auftrag der Ukraine ist es, die Aufgaben des Westens zu erfüllen, Krieg gegen Russland zu führen und dafür Waffen zu erhalten, die dann gegen die Nachbarländer eingesetzt werden können.“ Ich zitiere weiter: „Sie haben uns jetzt so viele Waffen gegeben, nicht, weil wir gut sind, nicht, weil sie wollen, dass wir gut sind; denn wir erledigen die Arbeit für den Westen, wir sind die Einzigen, die bereit sind, das zu tun, es macht uns Spaß, es macht Spaß, zu töten und es macht Spaß, zu kämpfen.“ (Zitat Ende) Ich denke, hier erübrigt sich jeder Kommentar.

Es ist auch bezeichnend, dass der US-Kongress 2017 eine Haushaltsvorlage für das Pentagon verabschiedete, die die Finanzierung des Asow-Bataillons (das in die ukrainische Nationalgarde integriert worden war) untersagte, weil es eine Neonazi-Organisation ist. Für Kolleginnen und Kollegen, die die Existenz von Neonazismus in der Ukraine leugnen, möchte ich insbesondere darauf hinweisen, dass das Asow-Emblem die Wolfsangel und die okkulte schwarze Sonne zeigt – beides Symbole der SS. Nichtsdestotrotz sind US-Waffen all die Jahre unter Missachtung der Gesetze in die Hände von Neonazi-Bataillonen, darunter

natürlich auch Asow, gelangt. „Dankbare“ Kämpferinnen und Kämpfer posierten eifrig für Fotos mit der NATO-Flagge und dem Nazi-Hakenkreuz.

Wir sind immer noch erstaunt über die Unterstützung der ukrainischen Neonazis durch westliche Länder und über den Einsatz radikaler ausländischer Söldnerinnen und Söldner in der Ukraine. Kürzlich wurde bekannt, dass der portugiesische Neonaziführer Mário Machado, der wegen Rassendiskriminierung und unerlaubtem Waffenbesitz 14 Jahren im Gefängnis saß, in die Region Lwiw gekommen ist, um an der Seite der ukrainischen Streitkräfte zu kämpfen. Es gibt viele solcher Beispiele. Russland hat wiederholt gewarnt, dass es „Glücksritter“ nicht mit Samthandschuhen anfassen wird.

Herr Vorsitzender,

Entnazifizierung und Entmilitarisierung sind Voraussetzungen für die Verwirklichung der Ziele, die sich Präsident Putin für die militärische Spezialoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation gesetzt hat, die gemäß Kapitel VII Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen mit Zustimmung des russischen Föderationsrates und auf Ersuchen der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk durchgeführt wird.

Seit Beginn der Spezialoperation wurden 184 Flugzeuge und Hubschrauber, 246 unbemannte Luftfahrzeuge, 189 Flugabwehrraketensysteme, 1 558 Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, 156 Mehrfachraketenwerfer, 624 Feldartilleriesysteme und Mörser sowie 1 354 taktische Fahrzeuge für Spezialeinsätze der ukrainischen Streitkräfte zerstört. Die gesamte erbeutete ukrainischen Militärausrüstung und westliche Waffensysteme, darunter auch NLAW (*Next Generation Light Anti-Tank Weapons*)- und Javelin-Systeme, werden den Volksmilizen der DVR und der LPR für den Kampfeinsatz übergeben.

Die systematische Zerstörung der militärischen Infrastruktur der ukrainischen Streitkräfte geht weiter. Zu diesem Zweck wurde das luftgestützte Kinschal-Raketensystem mit aeroballistischen Hyperschall-Lenkflugkörpern zum ersten Mal unter Gefechtsbedingungen erfolgreich getestet, und es wurden gesicherte Depots für Material der ukrainischen Luftkräfte und Gefechtsköpfe für Totschka-U-Raketensysteme (in der Siedlung Deljatyn in der Region Iwano-Frankiwsk) sowie große Treibstoffdepots (in der Siedlung Kostjantyniwka in der Region Mykolaiw) getroffen. Am 19. und 20. März zerstörten von der Marine abgefeuerte Kalibr-Raketen die Reparaturwerkstätten für beschädigte gepanzerte Fahrzeuge in Nischin, Am 20. März wurden eine Batterie ukrainischer Mehrfachraketenwerfer und ein Munitionslager in einem nicht mehr genutzten Einkaufszentrum am Stadtrand von Kiew ausgeschaltet. Darüber hinaus wurde ein Angriff auf Ausbildungseinrichtungen für Personal (in der Stadt Owrutsch in der Region Schytomyr und in der Siedlung Nowa Ljubomyrka in der Region Riwne) durchgeführt, bei dem über 180 Söldnerinnen und Söldner und Nationalistinnen und Nationalisten getötet wurden. In den vergangenen 24 Stunden haben die operative und taktische Luftwaffe und die Heeresfliegerei sowie russische Raketenartillerietruppen 97 militärische Infrastruktureinrichtungen in der Ukraine getroffen, darunter drei Artillerie-Beobachtungsstationen der NATO.

Die Bemühungen der Streitkräfte der Russischen Föderation zur Entmilitarisierung der Ukraine werden fortgesetzt.

Herr Vorsitzender,

wir weisen die Unwahrheiten der offiziellen Vertreter der westlichen Länder und auch die Falschmeldungen in den von ihnen kontrollierten Medien, wonach Russland chemische und biologische Waffen in der Ukraine einsetzen könnte, kategorisch zurück. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, wie in Syrien aufgrund ähnlicher Informationen, die mit direkter westlicher Unterstützung verbreitet wurden, Provokationen mit chemischen Waffen erfolgten. Könnte es sein, dass die Vereinigten Staaten ihre ukrainischen Schützlinge zu einer unbedachten Provokation verleiten?

Ich möchte noch einmal betonen, dass die Streitkräfte der Russischen Föderation keine Angriffe auf ukrainische Chemieanlagen geplant haben und auch nicht durchführen. Umso absurder sind – wie ich bereits wiederholt gesagt habe – Aussagen über die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes chemischer Waffen durch die russische Seite. Unser Land hat seine Bestände vor fünf Jahren vollständig vernichtet, was vom Generaldirektor des Technischen Sekretariats der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, Ahmet Üzümcü, 2017 bestätigt wurde. Die Vereinigten Staaten sind ihren Verpflichtungen hingegen über Jahre hinweg nicht nachgekommen. Wir sprechen hier nicht von einer Größenordnung von Kilogramm, sondern von Hunderten von Tonnen nicht zerstörter chemischer Waffen.

Am 19. März warnte das russische Verteidigungsministerium, dass ukrainische Nationalistinnen und Nationalisten das Unternehmen Sumy-Khimprom (in der Stadt Sumy), in dem sich Ammoniak- und Chlorgaslager befinden, vermint hätten, um die Bewohnerinnen und Bewohner der Region Sumy massenhaft zu vernichten. In der Nacht zum 21. März wurde ein Provokationsversuch unternommen, der jedoch glücklicherweise fehlschlug. Nach Angaben des Leiters der Stadtverwaltung von Sumy trat Ammoniak aus, nur „bewegten sich die Luftmassen nicht auf die Stadt zu“. Nun scheint das nächste Dorf Kotljarew (Region Mykolajiw) an der Reihe zu sein, wo bereits Behälter mit giftigen Chemikalien an das Gebäude der örtlichen Grundschule geliefert wurden, die bei der Annäherung russischer Truppen zur Explosion gebracht werden sollen. Ich wiederhole: Die eigentliche Bedrohung der Zivilbevölkerung geht von ukrainischen nationalistischen Bataillonen aus. Das russische Militär findet in den von ihm eingenommenen Stellungen dieser Bataillone regelmäßig detaillierte Karten des ukrainischen Hoheitsgebiets, auf denen die Koordinaten der Lagerstätten toxischer Substanzen verzeichnet sind. Ich betone: Das nationalistische Regime in Kiew trägt die unmittelbare Verantwortung für etwaige Zwischenfälle im Zusammenhang mit ukrainischen Lagereinrichtungen für toxische Substanzen.

Russische Expertinnen und Experten der Einheiten für ABC-Abwehr, setzen die Analyse des Materials fort, das während der militärischen Spezialoperation zu den von den USA unterstützten militärischen und biologischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Ukraine gewonnen wurde. Auf der Grundlage von Unterlagen des nationalen wissenschaftlichen Zentrums „Institut für experimentelle und klinische Veterinärmedizin“ und eines biologischen Labors in Charkiw hat das russische Verteidigungsministerium über zwei Bereiche der „Zusammenarbeit“ zwischen ukrainischen und westlichen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern berichtet: ein geheimes Projekt zur Untersuchung der Übertragung von Krankheiten auf den Menschen durch Fledermäuse und ein Projekt zur Untersuchung von Wildvögeln als „Verbreiter“ der hochansteckenden Vogelgrippe. In den Studien wurden die Bedingungen untersucht, unter denen die Übertragung unkontrollierbar werden und wirtschaftliche Verluste und Risiken für die Ernährungssicherheit verursachen könnte. Es

liegt auf der Hand, dass der Ausbruch einer solchen COVID-19 -Pandemie hinsichtlich Größenordnung und Folgen in den Schatten stellen könnte.

Darüber hinaus wurde ein „Plan zur technischen Unterstützung bestimmter Empfänger des ukrainischen Verteidigungsministeriums“ aufgedeckt, der die Finanzierung der einschlägigen Labors in Kyjiw, Odessa, Lwiw und Charkiw durch Washington beinhaltet, und zwar im Gegenzug für den ungehinderten Zugang zu diesen Einrichtungen und die Durchführung von Forschungsarbeiten über Krim-Kongo-Fieber, Leptospirose und die Erreger von Hantavirus-Erkrankungen. Wir schließen nicht aus, dass das Interesse der US-Militärbiologen an diesen Erregern auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sie sowohl in der Ukraine als auch in Russland natürliche Herde haben und ihr Einsatz als natürliche Krankheitsausbrüche getarnt werden könnte.

Die in der Ukraine gewonnenen Informationen bestätigen die Richtigkeit der Aussagen, die Russland im Zusammenhang mit der Umsetzung des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und Toxinwaffen (BWÜ) von 1972 in Bezug auf die militärisch-biologischen Aktivitäten der USA und ihrer Verbündeten im postsowjetischen Raum wiederholt gemacht hat. Im Falle der Ukraine handelt es sich um Verstöße gegen die Artikel I und IV dieses Übereinkommens.

Zweifellos werden die Kolleginnen und Kollegen auch heute wieder anfangen, die von uns vorgelegten Informationen als „Lügen“ und „Propaganda“ abzustempeln – das tun sie immer, wenn sie etwas hören, das sie in ein schlechtes Licht rückt. Doch zunächst möchten wir ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, dass alle vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlichten Dokumente die Unterschriften echter Beamtinnen und Beamter der Vereinigten Staaten tragen, insbesondere von Joanna Wintrol, der Leiterin des ukrainischen Büros der *Defense Threat Reduction Agency*, die zuvor die Vernichtung chemischer Waffen in Libyen beaufsichtigt hatte.

Wir fordern erneut, dass Kyjiw und Washington alle Informationen über die militärisch-biologischen Aktivitäten in den Labors auf ukrainischem Hoheitsgebiet zur Verfügung stellen und dass sie alle notwendigen Schritte unternehmen, um dieses Problem zu lösen und das BWÜ umzusetzen. Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, die Mechanismen der Artikel V und VI des BWÜ in Anspruch zu nehmen, wonach die Staaten einander bei der Lösung von Fragen im Zusammenhang mit dem Zweck des Übereinkommens oder der Durchführung seiner Bestimmungen konsultieren und bei Untersuchungen möglicher Verstöße gegen die Verpflichtungen aus dem BWÜ zusammenarbeiten sollten.

Herr Vorsitzender,

die militärische Spezialoperation hat in der Ukraine viele schwärenden Wunden sichtbar gemacht, die noch nicht verheilt sind. Die westlichen OSZE-Teilnehmerstaaten, die sich bei jeder Gelegenheit auf das humanitäre Völkerrecht berufen, wollen die Gräueltaten der ukrainischen Nationalistinnen und Nationalisten an der Zivilbevölkerung nicht sehen, aber diese Verbrechen lassen sich nicht verbergen – Zivilpersonen, die aus den von den nationalistischen Milizen gehaltenen Städten geflohen sind, machen sie öffentlich.

Im ganzen Land fesseln Nationalistinnen und Nationalisten am helllichten Tag Menschen an Laternenpfähle, umwickeln sie mit Klebeband und fordern die Bürgerinnen und

Bürger auf, sie mit „improvisierten“ Methoden „zu behandeln“. Auf der Folie sehen Sie Fotos von Roma-Flüchtlingen, die in Lwiw misshandelt werden, ganz in der Tradition ihrer Vorfahren aus der SS-Division „Galizien“. Soll das nach Ansicht der westlichen Handlanger Kyjiws die Regel für das Europa des 21. Jahrhunderts sein?

Die Radikalen platzieren weiterhin militärisches Gerät in der Nähe von Wohnhäusern und zivilen Infrastruktureinrichtungen und verwandeln Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser in Bollwerke und Schießstände. In dem Video ist zu sehen, wie ein Zivilist eine Batterie von 122-mm-Haubitzen in der Nähe seines Privathauses vorführt. In Tschernihiw beschlagnahmten die Kämpfer Lebensmittel, in Saporischschja verteilten die Behörden zwangsweise Brandsätze, in Charkiw beschossen die Nationalistinnen und Nationalisten eine Verteilerstelle für humanitäre Hilfe, und in Sjewjerodonezk umstellten sie gewaltsam besetzte Wohnhäuser und schossen auf Menschen, die sich weigerten, auf die Straße zu gehen. Höchst perfide ist auch, dass in Cherson eine ukrainische nationalistische Hochburg als IKRK-Büro getarnt wurde. Diese Tatsachen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wir haben auf die infame Falschmeldung über Zivilpersonen hingewiesen, die angeblich von „russischen Militärangehörigen“ getötet wurden, während sie in Tschernihiw „um Brot“ anstanden. Die ukrainischen Radikalen haben offenbar nicht begriffen, dass ihre Rechtfertigungsversuche durch eine einzige Tatsache zunichte gemacht werden – es gibt weder russische Militärangehörige in Tschernihiw, noch gibt es an dem von den Überwachungskameras erfassten Ort, an dem sich die Tragödie ereignete, Spuren von explodierender Munition oder Zerstörung. Wir betonen: Alles Material wird von den zuständigen russischen Behörden sorgfältig gesammelt und in Zukunft gegen die Nationalistinnen und Nationalisten verwendet, die tatsächlich hinter diesen Verbrechen stecken.

Herr Vorsitzender,

die humanitäre Lage in einer Reihe von ukrainischen Regionen wird immer bedrohlicher. Obwohl täglich humanitäre Korridore geöffnet werden, halten ukrainische Neonazis mehr als 4,5 Millionen Zivilistinnen und Zivilisten und rund 7 000 ausländische Staatsangehörige aus 25 Ländern als „menschliche Schutzschilde“ in Geiselhaft. Gleichzeitig werden jeden Tag bis zu 235 Menschen von Radikalen getötet. Doch Europa nimmt diese Fakten nicht zur Kenntnis.

Die Russische Föderation wendet sich fast täglich mit Initiativen für humanitäre Einsätze an die Behörden in Kyjiw, die Vereinten Nationen, die OSZE, das IKRK und andere internationale Organisationen. Am 20. März schlugen wir vor, die Menschen aus Mariupol zu evakuieren, wo die humanitäre Lage am schlimmsten ist. Die ukrainische Regierung weigerte sich jedoch, humanitäre Maßnahmen durchzuführen. Die abgehörten Funkgespräche der Neonazis in Mariupol zeigen, dass der Einsatz von Zivilpersonen „in vollem Umfang als menschliche Schutzschilde“ mit der ukrainischen Führung abgesprochen wurde. Unter diesen Umständen setzt Russland die einseitige Evakuierung von Bürgerinnen und Bürgern aus der Stadt fort, rund 70 000 Menschen sind bereits in Sicherheit.

Diejenigen, die aus Mariupol geflohen sind, berichten von massenhaften Gräueltaten und Verbrechen der Bataillone der Territorialen Verteidigung, die ältere Menschen, Frauen

und Kinder schikanieren (Zitat): „Sie schossen auf zwei Busse, in denen Kinder saßen. Die Leute haben geschrien: 'Was macht ihr da?', und sie antworteten: 'Im Krieg gibt es keine Kinder oder alten Menschen'“ (Zitat Ende). Ein ungeheurerlicher Vorfall ereignete sich am 20. März, als Terroristinnen und Terroristen des Asow-Bataillons die Eltern zweier minderjähriger Kinder töteten und mit den Kindern als Schutzschild versuchten, mit dem Auto der toten Eltern durch den humanitären Korridor nach Saporischschja zu gelangen; sie wurden aber von russischen Militärangehörigen identifiziert und sofort festgenommen. Die Kinder sind jetzt in Sicherheit.

Am 22. März wurden humanitäre Korridore ausgehend von Kyjiw, Tschernihiw, Sumy und Charkiw eröffnet, einer in Richtung Russische Föderation und einer in Richtung Westukraine. Die ukrainische Regierung hat sich bisher gesträubt, humanitären Korridoren in Richtung Russland zuzustimmen. Ohne ihre Beteiligung haben wir bisher insgesamt mehr als 366 000 Menschen evakuiert und versorgen die Ankommenden mit allem, was sie brauchen. Seit dem 2. März liefern das Ministerium für Katastrophenhilfe und das russische Verteidigungsministerium täglich humanitäre Hilfe in die befreiten Gebiete, insgesamt 4 345 Tonnen. Diese mühsame humanitäre Arbeit wird fortgesetzt.

Herr Vorsitzender,

mit Bedauern nehmen wir die Gleichgültigkeit der westlichen „zivilisierten freien“ Welt, wie sie sich selbst nennt, gegenüber der wahren Lage in der Ukraine zur Kenntnis, die bei allen bisherigen Treffen des Forums für Sicherheitskooperation deutlich wurde. Wir empfehlen Ihnen, die Handlungen der ukrainischen Nationalisten genauer unter die Lupe zu nehmen und sich selbst davon zu überzeugen, dass die ukrainische Regierung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Übereinkommen über die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs und das Übereinkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten und seine Zusatzprotokolle in eklatanter Weise missachtet. Wir werden unsererseits weiterhin das wahre Wesen des herrschenden Regimes in Kiew und seiner nationalistischen Schergen offenlegen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, den Wortlaut dieser Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION PORTUGALS**

Herr Vorsitzender,

da die Russische Föderation Portugal erwähnt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwiderung Gebrauch machen.

Portugal verurteilt den vorsätzlichen, unprovzierten, ungerechtfertigten und brutalen Krieg der Russische Föderation gegen die Ukraine auf das Allerschärfste. Wir bekräftigen unsere unerschütterliche Unterstützung für die Ukraine. Das portugiesische Volk erklärt sich mit dem ukrainischen Volk solidarisch.

Wir weisen mit Entschiedenheit sämtliche Behauptungen der Russischen Föderation zurück, dass Portugal in welcher Weise auch immer die Einreise portugiesischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in das Hoheitsgebiet der Ukraine erleichtern könnte. Aufgrund der katastrophalen Sicherheitslage, die Russland seinem Nachbarn aufgezwungen hat, rät die portugiesische Regierung seit mehr als einem Monat allen portugiesischen Bürgerinnen und Bürgern von Reisen in die Ukraine ab. Angesichts der fortgesetzten brutalen Aggression hat sich daran leider nichts geändert.

Die Entscheidung von Herrn Machado war völlig freiwillig, und die Justizbehörden, die in Portugal aufgrund ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse völlig unabhängig sind, sahen keinen Grund, ihn an der Ausreise zu hindern. Ich möchte jedoch anmerken, dass selbst die ukrainischen Behörden festgestellt haben, dass er aufgrund seines Profils für eine Rekrutierung nicht in Frage kommt.

Wir bedauern alle Versuche der Russischen Föderation, diesen Fall dafür zu missbrauchen, um ihr wahnhaftes und widerwärtiges Narrativ zu rechtfertigen, auf das wir in keiner Weise eingehen wollen.

Wir halten erneut fest, dass die russische Militäroffensive eine schwerwiegende Verletzung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und unserer gemeinsam vereinbarten OSZE-Verpflichtungen darstellt. Wir fordern Russland auf, seine Aggression gegen die Ukraine unverzüglich einzustellen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland schließt sich vollständig der Erklärung der Europäischen Union an. Da die Russische Föderation in ihrem Beitrag Deutschland erwähnt hat und erneut haltlose Behauptungen aufgestellt hat, möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen.

Wie wir im Wortbeitrag der russischen Delegation gehört haben, versucht Russland weiterhin, sich eine eigene Realität zurecht zu zimmern, um das Vorgehen der russischen Regierung und den brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Insbesondere die Technik der Täter-Opfer-Umkehr ist dabei verachtenswert. Die Hoffnung, dass solche Darstellungen und Desinformation verfangen, muss ich jedoch enttäuschen – niemand fällt auf diese absurden Narrative herein.

Ich möchte auch noch einmal – in Anlehnung an das, was mein kanadischer Kollege angesprochen hat – unterstreichen, dass es einen klaren Unterschied zwischen Fakten und Meinungen gibt. Jeder und jede hat das Recht auf eine eigene Meinung, aber niemand hat das Recht auf eigene Fakten.

Herr Vorsitzender,

mit Bestürzung und Entsetzen haben wir letzte Woche die Berichte zum russischen Angriff auf das Theater in Mariupol verfolgt, in dem mehr als tausend Zivilist:innen Schutz gesucht hatten. Wir haben nicht die geringsten Hinweise, dass das Theater irgendwie anders genutzt wurde, als ziviles Objekt und Schutzraum für Zivilist:innen. Auf öffentlich verbreiteten Fotos lässt sich zudem deutlich eine Kennzeichnung erkennen, die auf Kinder in dem Gebäude hinweist. Traurigerweise reiht sich dieser Angriff ein in eine Reihe von brutalen russischen Angriffen auf Mariupol – und andere Städte in der Ukraine – bei denen Schulen, Krankenhäuser, Wohnhäuser und zivile Infrastruktur immer wieder schwer getroffen werden.

Lassen Sie mich noch einmal unmissverständlich sagen: Angriffe auf Zivilist:innen oder zivile Objekte verstoßen gegen das humanitäre Völkerrecht und können Kriegsverbrechen darstellen. Gleiches gilt für Angriffe, die nicht zwischen militärischen Zielen und zivilen Objekten unterscheiden. Solche Angriffe sind nicht nur bestürzend, sie sind illegal. Wir rufen Russland auf, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen umzusetzen, einschließlich der Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts.

Herr Vorsitzender,

die russischen Vorwürfe zu Biowaffen und anderen Massenvernichtungswaffen sind haltlos. Die Ukraine hat weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart eine Gefahr für Russland oder andere Nachbarn dargestellt. Vor dem Hintergrund der russischen Desinformationskampagnen der letzten Wochen sind wir vielmehr besorgt, dass Russland damit propagandistisch einen eigenen Einsatz solcher Waffen vorbereitet.

Unsere Haltung ist eindeutig: Es gibt keinen ernstzunehmenden Anhaltspunkt, dass in der Ukraine an Massenvernichtungswaffen gearbeitet wird. Wir appellieren dringend an Russland, den Angriff auf die Ukraine einzustellen und seine Truppen zurückzuziehen und, wie eben bereits erwähnt, das humanitäre Völkerrecht strikt einzuhalten; dazu gehört an vorderster Stelle der Verzicht auf den Einsatz von biologischen oder chemischen Waffen.

Herr Vorsitzender,

der russische Delegierte hält weiter fest an der Legende einer „Entnazifizierung“ der Ukraine. Auch hier gehen Realität und Vorwürfe weit auseinander. Dieses Narrativ, das allein dem Versuch der Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs dienen soll, ist mit Blick auf die vielen Opfer des Nationalsozialismus – darunter auch viele Russinnen und Russen – beschämend.

Eine Nachricht hat uns in diesem Zusammenhang diese Woche besonders betroffen gemacht, meine ukrainische Kollegin hat es ebenfalls bereits erwähnt: der Tod von Boris Romantschenko. Er hatte den Holocaust und den Horror der Konzentrationslager Buchenwald, Peenemünde, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen überlebt und sich zeitlebens dafür eingesetzt, die Erinnerung an die Nazi-Verbrechen wach zu halten – und nun ist er mit 96 Jahren bei einem russischen Angriff in Charkiw getötet worden.

Herr Vorsitzender,

die Ukraine verteidigt auf Grundlage ihres inhärenten Rechts auf Selbstverteidigung – unsere US-Kollegin hat die entsprechende Passage aus der UN-Charta zitiert – mit großem Mut und Resilienz ihr Recht auf, Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit. Deutschland steht dabei weiterhin fest und solidarisch an ihrer Seite. Dies schließt auch die Lieferung von Verteidigungswaffen ein, im Einklang mit unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen.

Vielen Dank. Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, meinen Beitrag dem Journal des Tages beizufügen.

1005. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 1011, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LITAUENS**

Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Erteilung des Wortes. Litauen schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an. Im Namen meines Landes möchte ich jedoch noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Alles, was die russische Delegation gerade gesagt hat, ist ein weiterer Sack beschämender Lügen. Sie belügen uns fortlaufend, unentwegt belügen sie die gesamte internationale Gemeinschaft, das russische Volk. Wie können Sie in einem Umfeld, in dem Sie (ein russischer Diplomat) lügen und Ihre Kolleginnen und Kollegen (andere russische Diplomatinen und Diplomaten) ebenfalls lügen, in dem Sie alle damit beschäftigt sind, sich gegenseitig und die Außenwelt zu belügen, überhaupt noch unterscheiden, was falsch ist und was nicht?

Aber lassen Sie mich diese Delegation auf den Boden der Tatsachen zurückholen, auf den Boden der harten Realität. Ich möchte alle anderen Delegationen bitten, ein paar Minuten ihrer Zeit zu opfern und sich anzuhören, was eine reale Zeugin erzählt, die in der belagerten und bombardierten Stadt Mariupol lebt, eine Ukrainerin namens Nadeschda Suchorukowa (Надежда Сухорукова).

Ich werde vorlesen, was sie am Abend des vergangenen Samstag, am 19. März, auf ihrer Facebook-Seite gepostet hat:
(https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2379969232310198&id=100008914326381).¹ Ihr letzter Beitrag auf Facebook erschien am vergangenen Sonntag um die Mittagszeit und ich weiß nicht, ob sie noch am Leben ist. Ich hoffe sehr, dass sie noch lebt.

“#mariupol #nadezhda [#hope] Ich gehe zwischen den Luftangriffen nach draußen. Ich muss mit meiner Hündin hinausgehen. Sie winselt ständig, zittert und versteckt sich hinter meinen Beinen. Ich möchte nur noch schlafen. Der Innenhof, inmitten von

1 Dieser Facebook-Post wurde bei der Sitzung in Originalsprache (Russisch) vorlesen. Für die englische Übersetzung: <https://www.opendemocracy.net/en/odr/mariupol-ukraine-russia-diary-life-in-war/>. Ergänzungen sind in eckigen Klammern angegeben.

Hochhäusern gelegen, ist still und tot. Ich habe keine Angst mehr davor, mich umzusehen.

Vor mir brennt noch immer der Eingang zum Wohnblock Nummer 105. Die Flammen haben bereits fünf Stockwerke erfasst und fressen sich langsam durch das sechste. In einem Zimmer, das brennt, sieht es nicht anders aus als ein Kaminfeuer – so richtig ordentlich. Die schwarzen Fenster sind nur noch verkohlte Asche. Das Glas ist weg. Vom Feuer zerfressene Vorhänge züngeln aus den Wohnungsfenstern. Ich schaue mir das alles an, gelassen und resigniert.

Ich bin sicher, dass ich bald sterben werde – es ist nur eine Frage von Tagen. Jeder in dieser Stadt wartet die ganze Zeit auf den Tod. Ich hoffe nur, dass es nicht zu schrecklich sein wird. Vor drei Tagen kam ein Freund meines ältesten Neffen zu uns und erzählte, dass die Feuerwache einen direkten Treffer abbekommen hat. Einige der Feuerwehrleute wurden getötet. Einer Frau wurden dabei ein Arm, ein Bein und der Kopf abgetrennt. Ich hoffe, dass mein Körper auch nach dem Einschlag einer Fliegerbombe ganz bleibt.

Ich weiß nicht, warum, aber das erscheint mir wichtig. Allerdings werde ich nicht beerdigt, wenn ich sterbe, während noch gekämpft wird. Das hat uns die Polizei gesagt: Wir haben sie auf der Straße angehalten und gefragt, was wir mit der toten Großmutter unseres Freundes machen sollten. Sie rieten uns, sie auf den Balkon zu bringen. Ich frage mich, wie viele Leichen auf den Balkonen der Leute liegen?

Unser Haus am Mira-Prospekt [Friedensallee] ist das einzige, das keinen direkten Treffer abbekommen hat. Ein paar Mal haben in der Nähe Granaten eingeschlagen und die Glasscheiben aus einigen Fenstern gesprengt, aber der Schaden ist sehr gering, und im Vergleich zu anderen Gebäuden steht unser Haus ziemlich gut da.

Unser Innenhof ist vollständig mit Asche, Schichten von Glas, Plastik und Metalltrümmern bedeckt. Ich versuche, nicht auf das Metallmonster zu schauen, das auf dem Kinderspielplatz gelandet ist. Ich glaube, es ist eine Rakete oder vielleicht eine Mine. Es ist mir egal; es ist einfach störend. Ich sehe ein Gesicht an einem der Fenster im dritten Stock und zucke zusammen. Jetzt fürchte ich mich schon vor Menschen, die lebendig sind, wie mir scheint.

Mein Hund fängt an zu winseln und ich begreife, dass der Beschuss schon wieder anfängt. Am Nachmittag stehe ich auf der Straße, um mich herum Grabesstille. Weder Autos, noch Stimmen, noch Kinder, noch ältere Damen in den Verkaufsständen. Selbst der Wind ist eingeschlafen. Aber einige Menschen gibt es hier noch. Sie liegen unweit eines Gebäudes und im Unterstand einer Bushaltestelle, unter Mänteln und Jacken. Ich will sie nicht ansehen. Ich habe Angst, jemanden zu sehen, den ich kenne.

Was auch immer an Leben in der Stadt übrig geblieben ist, glimmt jetzt in den Kellern, wie die Kerze in unserem Teil des Kellers. Es braucht nicht viel, sie zum Erlöschen zu bringen. Ein kleiner Windhauch, die geringste Erschütterung – und alles versinkt in Dunkelheit. Ich versuche zu weinen, aber ich kann nicht. Ich tue mir leid, meine Familie, mein Mann, meine Nachbarinnen und Nachbarn, Freundinnen und Freunde tun mir leid. Ich gehe wieder in den Keller, sitze dort und lausche dem

abscheulichen Kreischen von Metall. Es sind erst zwei Wochen vergangen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass das Leben jemals anders gewesen ist.

Es gibt immer noch Menschen, die sich in den Kellern von Mariupol verstecken. Jeder Tag ist schwieriger durchzustehen als der vorherige. Sie haben kein Wasser, kein Essen, keinen Strom. Wegen des dauernden Beschusses können sie nicht einmal nach draußen gehen. Die Menschen in Mariupol müssen überleben. Helft ihnen. Sprecht über sie. Lasst jedermann wissen, dass noch immer Zivilisten getötet werden.“

All das hat eine einzige Frau aus Mariupol selbst erlebt und beschrieben. Aber es gibt Hunderttausende ähnlicher Augenzeugenberichte aus derselben Stadt. Es gibt Millionen davon in der gesamten Ukraine – in Kyjiw, Charkiw, Tschernihiw, Schytomyr, Mykolajiw, Sumy und vielen anderen ukrainischen Städten, Ortschaften und Dörfern.

Selbst Dörfer und die Häuser der einfachen Menschen in der Ukraine bleiben von diesem Krieg nicht verschont – es gibt zahlreiche Fälle, in denen ganze Dörfer bombardiert und dem Erdboden gleichgemacht wurden. Wie lassen sich diese Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten und ihre Häuser mit den Zielen der so genannten „militärischen Spezialoperation“ des Kremls vereinbaren? Handelt es sich um Racheakte an ukrainischen Bauern, weil sie sich russisches Militärgerät genommen haben?

Eines Tages wird das alles vorbei sein. Kein Wahnsinn, keine Aggression dauert ewig. Früher oder später wird es ein Ende haben.

Und dann wird man sich an Russland als den Aggressor und an Belarus als seinen Komplizen erinnern – man wird sich noch viele Jahre lang mit Scham und sogar Abscheu an diese aggressiven Tagen zweier autoritärer Regime erinnern.

Die Ukraine, unsere heldenhafte Ukraine, wird immer als ein historisches Symbol für den Kampf eines Landes um seine Freiheit und Unabhängigkeit in Erinnerung bleiben.

Diejenigen, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben, werden ihrer Verantwortung, auch ihrer individuellen Verantwortung, nicht entgehen. Russische und belarussische Diplomatinen und Diplomaten, die diese abscheulichen Verbrechen vertuschen oder zu beschönigen versuchen, werden sich wie die Vorgenannten auf der Anklagebank wiederfinden.

Die einzige Möglichkeit, einem künftigen Gerichtsverfahren zu entgehen, besteht darin, sich von all diesen Kriegsverbrechen zu distanzieren, sie zu verurteilen und sich an den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu beteiligen, dieses Blutvergießen zu beenden.

Alle Versuche, sich hinter Eiden, militärischen Befehlen oder anderen Ausreden zu verstecken, werden nichts fruchten. Auch Drohungen gegen andere Delegationen, nicht zuletzt auf dem Forum für Sicherheitskooperation, werden nicht weiterhelfen.

Ich stimme mit der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika und den anderen OSZE-Teilnehmerstaaten voll und ganz darin überein, dass die Ausführungen der russischen

Delegation absolut unangebracht waren. Diese Delegation hat auch eine völlig verfälschte Karte der Ukraine gezeigt – ich möchte hier noch einmal betonen, dass zur Ukraine die Krim, die Regionen Donezk und Luhansk, dass Mariupol und Cherson zur Ukraine gehören. Die Ukraine ist das gesamte Hoheitsgebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen.

Die ukrainische Delegation stellte eine sehr berechtigte Frage: Wie können wir beweisen, dass jemand in dieser Sitzung lügt? Wenn Strafverfolgungsbehörden im Alltagsleben versuchen herauszufinden, wer lügt, setzen sie manchmal einen Lügendetektor ein. Natürlich ist dies keine Methode, die in der multilateralen Diplomatie eingesetzt werden kann. Aber selbst wenn der Leiter der russischen Delegation hier wäre, würde er sich mit Sicherheit weigern, sich einem solchen Test zu unterziehen, weil er weiß, dass er lügt. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat er sich schlichtweg geweigert, in diesen Sitzungssaal zu kommen. Warum? Fühlt er sich unwohl dabei, diese Lügen persönlich und nicht online zu verbreiten? Oder fürchtet er sich einfach davor, hier aufzutreten, weil er weiß, dass er den Aggressorstaat vertritt und den Diplomaten und Diplomaten der Ukraine und den Mitgliedern der anderen Delegationen in die Augen schauen muss?

Litauen unterstützt die Ukraine und das ukrainische Volk vorbehaltlos. Wir bewundern die Einigkeit und Entschlossenheit, mit der sie ihr Heimatland verteidigen. Die Ukraine, ein demokratischer und souveräner europäischer Staat, macht jetzt von ihrem Recht auf Selbstverteidigung gegen die russische Aggression gemäß Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen Gebrauch. Wir haben der Ukraine auf vielerlei Weise Hilfe geleistet und werden ihr auch weiterhin jede notwendige Unterstützung zu diesem Zweck gewähren.

Слава Україні! Тримай, Україно! Разом до перемоги! (Es lebe die Ukraine! Halte durch, Ukraine! Gemeinsam zum Sieg!)

Danke.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.